

15.3.2017

Agenda 2010 – eine Übersicht

Worum geht es...

Im März 2003 wurde die Agenda 2010 vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) vorgestellt. Mit einem umfangreichen Maßnahmen- und Gesetzespaket sollten die Sozialsysteme saniert, die Lohnzusatzkosten deutlich gesenkt, der Arbeitsmarkt flexibler gestaltet und die öffentlichen Finanzen konsolidiert werden. Die Umsetzung erfolgte in den Jahren 2003 und 2004. Trotz nachweislicher Erfolge wird das Reformwerk Schröders bis heute kritisch gesehen – insbesondere in seiner eigenen Partei.

Was für die Wirtschaft wichtig ist:

Die politischen Leitlinien der Agenda 2010 im Einzelnen:

- **Arbeitsmarktpolitik (Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, „Hartz I“ bis „Hartz IV“):**
 - Die Auszahlung des **Arbeitslosengeldes I** (ALG I; prozentual an die Höhe des Einkommens der letzten 55 Monate gekoppelt) wurde auf **zwölf Monate beschränkt**, unabhängig vom Einzahlungszeitraum in die Arbeitslosenversicherung. Für Arbeitslose ab 55 Jahren wurde eine Dauer von 18 Monaten eingeführt. Zuvor lag die maximale Bezugsdauer bei 32 Monaten.
 - Ein **Arbeitslosengeld II** (ALG II) in **Höhe des Sozialhilfesatzes** wurde eingeführt, gekoppelt an eine Bedürftigkeitsüberprüfung. Dies ersetzte die vorangegangene Arbeitslosenhilfe, deren Höhe sich – anders als das ALG II – prozentual am früheren Arbeitsentgelt orientierte.
 - Die **Zumutbarkeit der Arbeitsangebote wurde verschärft**: jede Arbeit, die nicht sittenwidrig ist, galt grundsätzlich als zumutbar.
 - Das **Kündigungsschutzgesetz wurde angepasst**. In Betrieben mit weniger als 10 Arbeitnehmern (vorher 5) galt ein verringerter Kündigungsschutz. Statt einer Kündigungsschutzklage waren Abfindungsansprüche möglich und die Kriterien der Sozialauswahl wurden begrenzt.
 - **Betriebsgründungen** in fast allen **Handwerksberufen** wurden auch ohne Meisterbrief möglich.
 - Die **Arbeitnehmerüberlassung wurde erleichtert**: Beschränkungen wie das Wiedereinstellungsverbot und die Befristung der Überlassung von Zeitarbeitern wurden abgebaut, im Gegenzug für Zeit- und Stamarbeitnehmer grundsätzlich gleiche Bedingungen eingeführt.

- **Gesetzliche Rentenversicherung (Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetz):**
 - Das **Renteneintrittsalter** der verschiedenen Altersrentenzugänge stieg auf bis zu 67 Jahre.
 - Die **rentensteigernden Rentenanrechnungszeiten** für Ausbildungszeiten wurden gestrichen.
 - Ein „**Nachhaltigkeitsfaktor**“ sollte einen weiteren Anstieg der Rentenversicherungsbeiträge dämpfen.
- **Krankenversicherung (Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung):**
 - Der **Durchschnittsbeitrag** der gesetzlichen Krankenversicherung sollte auf etwa 13 Prozent des Einkommens sinken.
 - Durch verschiedene **neue Zuzahlungen** und den **Abbau** gesetzlicher Leistungen in der Krankenversicherung sollten weitere Kostensteigerungen eingedämmt werden.

- **Einschätzung der Maßnahmen aus heutiger Sicht**

Die Agenda 2010 war eine der wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Deutschland nach der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosigkeit wurde halbiert, der gesellschaftliche Wohlstand ist gestiegen. Damit war sie auch sozialpolitisch ein großer Erfolg. Im Vergleich mit anderen europäischen Staaten befindet sich Deutschland seit Jahren in einer wirtschaftlich stabilen Lage. Neben den erheblichen Produktivitätszuwächsen und Innovationssprüngen in der deutschen Industrie hat dazu auch die Entkrustung des Arbeitsmarktes durch die Agenda 2010 beigetragen.

- **Was SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz ändern will – und was die Arbeitgeber dazu sagen**

Martin Schulz plant unter anderem eine Ausweitung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I auf bis zu 48 Monate, sofern der Arbeitslose an Qualifikationsmaßnahmen teilnimmt (Arbeitslosengeld Q). Dafür soll es einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung geben. Daneben plant Schulz eine Verkürzung der Anwartschaften: Nach 10 Monaten Arbeit in den letzten drei Jahren soll es Arbeitslosengeld geben – derzeit sind es 12 Monate in zwei Jahren.

Aus Sicht der Wirtschaft gehen diese Pläne an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und auch der Arbeitslosen selbst vorbei. Qualifizierung ist kein Selbstzweck: Statt pauschaler, staatlich geplanter und organisierter Weiterbildung brauchen Arbeitgeber eine individualisierte und passgenaue Vermittlung von Arbeitssuchenden und - nur wo nötig - zusätzliche Qualifizierung. Die Ausweitung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld würde die Frühverrentung fördern und damit der dringend erforderlichen Verlängerung der Lebensarbeitszeit massiv entgegenwirken. All das wäre eine Belastung der Sozialkassen, die gerade über die Agenda 2010 wirkungsvoll eingedämmt wurde.

Für eine zukunftsfähige Arbeitsmarktpolitik ist aus Sicht der Arbeitgeber vielmehr entscheidend, das Problem der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit anzugehen und strukturelle Rahmenbedingungen, die einer nachhaltigen Arbeitsaufnahme im Wege stehen, zu verbessern.

